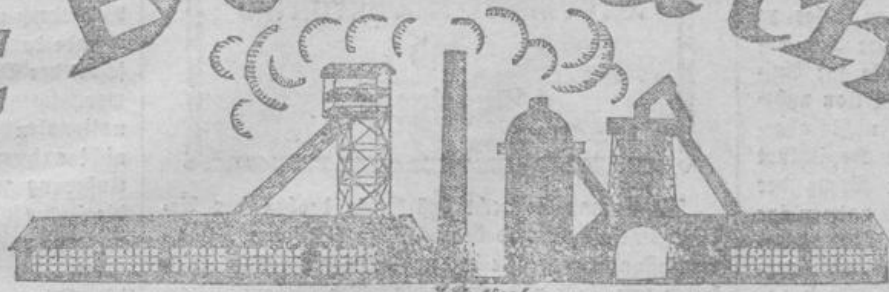


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50
ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt
bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle
Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1

Samstag
26. August 1922

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die
einspaltige mm-Zeile kostet 60 Pfg., bei Mehr-
aufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 34

Inhalt der Nummer:

Ausland, Bayern und Reich.
Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.
Die Extremen des Bürgertums.
Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.
Der Ruf nach der Zwangswirtschaft.
Der Fall v. Gager und die deutsche Militär-
gerichtsbarkeit.
Die Nordtaten von links.
Ein gefährliches Spiel.
Beamtenfürsorge.
Schulunterricht und Völkerverständigung.
Ein kleiner Exkurs.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Ausland, Bayern und Reich.

Die Drohungen und das Vorgehen Frankreichs haben das Deutsche Reich und das deutsche Volk in eine Lage versetzt, die neben politischen auch wirtschaftliche Gefahren schwerster Art birgt. Die Reichsregierung selbst hat eingesehen, daß die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Erfüllung der uns in Versailles und London auferlegten Verpflichtungen erreicht und überschritten sind. Sie hat die entsprechenden Folgerungen daraus gezogen und vor der ganzen Welt die Gründe dargelegt, warum Deutschland nicht mehr instande ist, auch nur einen nennenswerten Teil dessen zu bezahlen, was nach dem Diktat unserer Feinde jenseits der Vogesen bezahlt werden soll. Deren Absicht liegt klar zu Tage: die geschichtliche und sprichwörtliche Uneinigkeit des deutschen Volkes soll mit allen Mitteln genährt und erweitert werden, um das heißersehnte Ziel französischer Machtpolitik, die Zerschlagung Deutschlands, herbeizuführen. In einer sehr wirkungsvollen Auseinandersetzung vor den Vertretern der ausländischen Presse hat der Reichslanzler Dr. Brüning selbst die wahren Absichten Frankreichs, die Verlogenheit der französischen Regierung sowie die furchtbaren Folgen für Deutschland, Europa und die Welt überzeugend dargelegt.

Ist es möglich, daß in einem solchen Augenblick unserer Geschichte aus Gründen, die vielleicht in ruhigeren Zeiten durchschlagend wären, aus mißverstandenen Partikularismus und in übertriebener Eifersucht auf die eigene Staatshoheit gegenüber dem

Reich in einem Teil des Deutschen Reiches selbst eine Politik befolgt wird, die fraglos unter den obwaltenden Umständen den Franzosen Wasser auf die Mühle ist? Wir haben vor wenigen Tagen an dieser Stelle unserer Freude und unserer Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß zwischen der bayerischen und der Reichsregierung eine völlige Einigung über die durch die Gesetzgebung zum Schutz der Republik hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten erzielt worden ist. Wir haben bei jener Gelegenheit hervorgehoben, daß es jetzt nicht an der Zeit ist, zu untersuchen, welcher von beiden Teilen die meisten Zugeständnisse gemacht hat, sondern daß wir allen Grund haben, sowohl dem Reichslanzler Dr. Brüning wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld für das beiderseitige Einlenken Dank zu sagen. Wenn jetzt in letzter Stunde die unumgänglich erforderliche Einigkeit und Einheit im Reich, das geschlossene Auftreten aller Teile des Reichs, der Gesamtregierung wie der Einzelregierungen dadurch in Frage gestellt wird, daß sich verschiedene Parteien des bayerischen Landtags in völliger Verkennung der politischen Lage dem in Berlin vereinbarten Wort der Einigung widersehen, so gefährden sie nicht nur die höchsten Interessen der Gesamtheit, sondern auch die eigenen, denn sie sind ein Teil der Gesamtheit und nur als solcher gelten sie etwas. Es ist unbegreiflich, daß gerade diejenigen Kreise, die sich mit den schärfsten Worten gegen die „Herrschaft der Straße“ ausgesprochen haben, jetzt selbst zu dem Mittel greifen, durch Druck von Massen und Abordnungen, durch öffentliche Kundgebungen auf der Straße die Entschlüsse parlamentarischer Vertretungen beeinflussen zu wollen.

Man möge sich in München vor dem verhängnisvollen Irrtum hüten, die Begriffe national und nationalistisch miteinander zu verwechseln. Wer wahrhaft national gesinnt ist, stellt nationalistische Bestrebungen zurück gegen die Forderungen der Stunde, im Interesse der Einheit und Einigkeit des Ganzen!

Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Das Reichskabinett hat sich nach dem Eintritt des neuen Marksturzes, durch den der Dollar auf einen Stand von mehr als 1000 Mark gelangte, mit vollem

Recht zunächst mit der Frage beschäftigt, welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen sich aus diesem Ereignis ergeben müssen und auf welchem Wege diese nach Möglichkeit abgeschwächt und erträglich gemacht werden können. Es ist klar, daß alle Übel und Krankheiten unseres Wirtschaftslebens, die schon bisher unsere Zukunft aufs schwerste gefährdeten, durch den bodenlosen Sturz unserer Währung ins Ungeheuerere gesteigert werden müssen.

Die Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben im Reichswirtschaftsministerium Forderungen vorgebracht, die sich keineswegs auf die Erhöhung der Löhne und Gehälter beschränken, sondern wiederum tief in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches eingreifen. Schon die notwendigen Gehaltserhöhungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter werden in den Reichshaushalt ein Loch reißen, das kaum mehr zugestopft werden kann. An die Herstellung eines Gleichgewichtes im Haushalt der Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn, wird nicht mehr zu denken sein. Neue Tarifserhöhungen werden kommen, aber nicht zur Gesundung führen. Angesichts der vernichteten Reparationskraft der Mark werden die 70 Milliarden, die durch die Zwangsanleihe aus der kapitalarmen deutschen Wirtschaft herausgeholt werden sollen, nur noch die Bedeutung eines Tropfens haben, der auf einen glühenden Stein fällt. Die Not der auf Rente und festes Kapitaleinkommen angewiesenen Volksteile wird weiter in ungeheurerem Maße gesteigert. Die soziale Gesetzgebung verliert ihre praktische Bedeutung als Schutzwall der Alten, Invaliden und Unfallverletzten. Die Dämme, die in normalen Zeiten in Deutschland gegen die soziale Revolution errichtet worden sind, werden durch die Geldentwertung abgetragen oder niedergerissen. Die Gefahr, daß der asiatische Bolschewismus unsere chaotisch werdende Wirtschaft überslutet, wird einen neuen Höhepunkt erreichen.

Die nächstliegende Wirkung der Devisenkurssteigerungen ist die alles Maß überschreitende Preiserhöhung der Einfuhrwaren, der unentbehrlichen Nahrungsmittel, wie der Rohstoffe, ohne die unsere Industrie nicht zu arbeiten vermag. „Erst Brot, dann Reparationen“, lautet die kurze Formel, in die der Reichslanzler die Tatsache zusammengefaßt hat, daß die ausreichende Ernährung unseres Volkes heute von der ausländischen Nahrungszufuhr abhängig ist. Schon müssen wir ernstlich mit der Wiederkehr der Blockadezeiten rechnen, in denen das deutsche Volk sich notgedrungen mit seiner eigenen Nahrungs-

erzeugung begnügen und sich durchhungern mußte. Pläne einer Abwürgung jeder irgendwie zu entbehrenden Nahrungseinfuhr werden ernstlich erörtert, und sogar eine teilweise Rückkehr zu der Zwangs- und Hungerwirtschaft der Kriegszeit ist trotz der damit gemachten traurigen Erfahrungen von den Arbeitnehmervereinigungen wieder angeregt worden, alles zu dem Zwecke, um ein weiteres Steigen der Devisenkurse zu verhindern, damit wenigstens die zur Aufrechterhaltung unserer industriellen Produktion unbedingt notwendige Rohstoffzufuhr uns nicht abgeschnitten wird. Aber schon macht die Kapitalnot einer Reihe von Industriezweigen den Bezug der Rohstoffe fast unmöglich. Eine andere notwendige Folge der maßlosen Preisverteuerung wird überhaupt die sein, daß die Kapitalnot einen noch größeren Umfang als bisher annehmen wird und daß dadurch die Industrie wie der Handel zu weiteren Einschränkungen der Erzeugung und des Warenumsatzes gezwungen sein werden. Zwei Wirtschaftsführer aus verschiedenen Lagern, nämlich der bekannte Großindustrielle C. F. von Siemens in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ und der Rechtssozialist Max Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“, haben in letzter Zeit übereinstimmend auf den erschreckenden Rückgang und Verfall unserer industriellen und landwirtschaftlichen Produktion infolge der Vernichtung der Kaufkraft unseres Geldes hingewiesen. Diese volkswirtschaftlichen Verfallerscheinungen sind überaus ernst zu werten. Die Scheingewinne unserer Industrie reichen, wie Schippel nachweist, bei weitem nicht mehr aus, den Bedarf an Rohstoffen, die Abdüngung des Produktionsapparates und dessen notwendige Erweiterung zu decken. Herr von Siemens berechnet, daß schon jetzt unsere industrielle Produktion kaum mehr die Hälfte derjenigen in der Vorkriegszeit beträgt, und diese Entwicklung schreitet um so rapider fort, je knapper das in der Produktion arbeitende Kapital trotz fieberhafter Tätigkeit der Notenpresse wird. Haben wir doch heute bereits erkannt, daß wir nicht an einem Überfluß, sondern an einem Mangel an Geldzeichen leiden, weil der Geldumlauf sich zwar von 6 auf 200 Milliarden vermehrt hat, gleichzeitig aber die Kaufkraft des Geldes im Auslande auf weniger als den zweihundertsten Teil zurückgegangen ist, so daß wir statt sechs Goldmillarden im Frieden heute weit weniger als eine Milliarde Goldwert als Zahlungsmittel zur Verfügung haben, von denen überdies ein erheblicher Teil im Ausland festliegt.

Die Zahlen unserer Außenhandelsstatistik bestätigen den Rückgang unserer Ausfuhrmengen. Daß unser inländischer Konsum zurückgeht, weiß jeder, der in die Not unseres Volkes, besonders seiner Mittelstandskreise, Einblick zu nehmen Gelegenheit hat. Es scheint also ein Gesetz vorzuliegen, nach dem wir um so weniger Werte erzeugen, je mehr unsere Währung erschüttert wird, unserm Güterumlauf die wirklichen Werte entzogen, die Papierwerte aber vermehrt werden. Die Gefahr des Ausverkaufs unserer deutschen Güter und Produktionsmittel um ein Butterbrot an das Ausland ist wieder gestiegen. Das alles sind nur zu deutliche Zeichen unseres Wirtschaftszusammenbruchs, der mit der Währungskatastrophe Hand in Hand geht, sie bedingt, aber auch durch sie wieder gefördert wird, bis der Kreis sich schließt, der uns ins Chaos hinabstürzt.

Die Extremen des Bürgertums.

Von * * *

Die Auseinandersetzungen über die französische Politik, die in den letzten Wochen zu einem neuen Druck auf Deutschland ansetzte, haben in der Öffentlichkeit die Debatten über innerpolitische Reformen und über die Gesundung des Regierungskurses schärfer belebt. Der Reichstag war auseinandergegangen, als das Thema der Arbeitsgemeinschaft angeschnitten worden war. Es ist heute an der Zeit, einmal einen Überblick darüber zu geben, wie sich die Dinge inzwischen weiter entwickelten.

Jeder Parteifreund werbe für Beobachter-Abonnements und Anzeigen!

Wenn man sie recht bestiebt, so drohen der Arbeitsgemeinschaft und demnach der schärferen Zusammenfassung der Kräfte in den Parteien die Schwierigkeiten von links und von rechts. Der Meinungsstreit ist noch nicht so weit ausgetragen, daß sich in der Öffentlichkeit eine klare Vorstellung von dem ergeben hätte, was erzielt werden muß. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft, der vom Zentrum ausgegangen ist, ist neulich vom Abgeordneten Marx vom Zentrum abermals begründet worden. Nach einem Bericht der Germania führte er dabei in einer Versammlung in Münster folgendes aus:

„Glauben Sie nicht, daß es ganz leicht sein wird, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, denn unsere Weltanschauungsfragen werden von der Deutschen Volkspartei ganz anders beurteilt als von links. Aber wenn die Pflicht es gebietet, sind wir bereit, die Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Es ist nicht ein Gegensatz gegenüber der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, denn der Parteiausschuß der Zentrumsparlei hatte schon vorher eine solche Arbeitsgemeinschaft beschlossen. Diese Arbeitsgemeinschaft soll nicht den Bürgerblock darstellen, denn wir können zurzeit die Deutschen Nationalen nicht darin aufnehmen. Erst müssen diese Herren auf dem Boden unserer Verfassung stehen.“

Der Abgeordnete Marx hat also hier die Stellung der Deutschen Nationalen für die weitere Entwicklung offen gelassen. Die Herren, betonte er, müßten sich erst auf den Boden der Verfassung stellen. Im weiteren Teile seiner Ausführungen hat er die deutschnationale Position im gegenwärtigen Stadium schärfer kritisiert. Er erkannte an, was ja auch jeder als selbstverständlich empfindet, daß in der deutschnationalen Partei kluge Köpfe sitzen, zu denen auch Helfferich gehört. Allerdings meinte Marx, sie wüßten keine Vorschläge zu machen, auch Helfferich nicht. Herr Marx tritt den Deutschen Nationalen das Recht ab, sich national zu nennen. Nun kann man allerdings, was Helfferich anbelangt, der Meinung sein, daß er beispielsweise in seiner Rede am Tage vor der Ermordung Rathenaus positive Vorschläge auch im Sinne der Erfüllungspolitik gemacht hat. Aber das alles steht hier allein nicht zur Debatte. Der Grundkern wird zunächst sein, ob sich in der deutschnationalen Partei eine Klärung darüber Bahn brechen könnte, wie weit sie sich aktiv an den staatspolitischen Aufgaben zu beteiligen vermag. Die Frage ist zurzeit akut, ob in der deutschnationalen Partei der Wunsch besteht, immer nur als kritisierende große Gruppe neben dem Reichswagen herzulaufer, ohne selbst die Möglichkeit zu besitzen, an der Steuerung teilzunehmen.

Wo wir außenpolitisch hingekommen sind, ist heute nicht weiter zu erörtern. Das lehrt die letzte Zeit. Die Erfüllungspolitik ist zusammengebrochen und nur unter Auspressung der letzten Kräfte und Säfte ist sie weitergeführt worden. Innerpolitisch müssen wir auf neue Bahnen kommen. Die Idee der Arbeitsgemeinschaft ist im Sozialismus bereits verwirklicht. Unabhängige und Mehrheitssozialisten bilden im Reichstag ein Gemeinsames, und auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag der Berliner Organisationen ist in einer Resolution die Hoffnung ausgesprochen worden, daß es bald gelingen möge, die einer organisatorischen Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien noch im Wege stehenden Hinder-

nisse aus dem Wege zu räumen. Das bedeutet die zunehmende Aussicht auf Vereinigung der beiden Parteien über die Fraktionen hinaus, vielleicht mit der Einschränkung, daß eine gewisse Gruppe der U. S. P. D. die Fusion nicht mitmacht. Diese Entwicklung ist für das Bürgertum von außerordentlicher Bedeutung und kann von ihm nicht übersehen werden. Gerade deshalb wurde ja auch im bürgerlichen Lager sofort der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen. Wenn Herr Marx selbst sagt, daß die Deutschen Nationalen „zurzeit“ in diese Arbeitsgemeinschaft nicht aufgenommen werden können, so bedeutet diese Äußerung zwar für den Augenblick eine Abgabe, für die Zukunft aber die Mahnung auch von dieser Seite, es möge zu einer Läuterung in der deutschnationalen Partei kommen. Gerade deshalb ist es wesentlich, die Stimmungen der deutschnationalen Partei zu prüfen und festzustellen, wieweit dort Klarheit über den Gedanken der Koalitionsfähigkeit der Partei vorhanden ist. Daß sie mit den Extremen nicht koalitionsfähig wird, darüber herrscht kein Zweifel.

Wird dagegen der extreme Flügel abgestoßen, bleibt in der deutschnationalen Partei eine Gruppierung übrig, die für eine Koalition reif zu werden vermag. In den deutschnationalen Kreisen, die sich zur Partei rechnen, ist bislang die Einsicht darüber wenigstens in der Öffentlichkeit nur in geringem Maße vertreten worden. Nur im Tag (243) schrieb Werner von Heimbürg, der früher zur Deutschen Zeitung gehörte, daß die Trennung von den Extremen zu einer Bindung in der gesamtnationalen Bewegung werden könnte und werden müßte. Wird diese Auffassung nicht Allgemeingut, wird auch die Äußerung von Marx ohne Wirkung bleiben. Das nationale Bürgertum bleibt dann in einem sehr großen Teile vom Einfluß auf die Regierungsgeschäfte und auf die Politik des Landes ausgeschaltet.

Die Linke selber würde an dieser Entwicklung nur ihre Freude haben, wie sie ja auch in extremen demokratischen Kreisen der Arbeitsgemeinschaft wesentlich Schwierigkeiten bereiten werden. In der Frankfurter Zeitung (Nr. 568) wird die Arbeitsgemeinschaft in ihrer Bedeutung durchaus erkannt und darum bekämpft. Dort heißt es in einem Leitartikel, der von der „geistigen Entscheidung“ handelt, daß die geplante Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte „eine Wende in unserer ganzen inneren Politik“ wäre, „ein Abkehr von allem, was wir drei Jahre lang erstrebt haben“ — „und damit für alle, die sich und ihr politisches Wollen ernst nehmen“. Die Frankfurter Zeitung bekämpft deshalb entsprechend ihrer ganzen Tradition, die in der Frontstellung gegen das Bürgertum liegt, diese innerpolitische Entscheidung und das Regieren mit der Deutschen Volkspartei. Sie polemisiert sogar gegen Professor Schüding, der in einem Aufsatz der Frankfurter Zeitung in dem Plane der Arbeitsgemeinschaften zwar nur einen parteitaktischen Zug erblickte, den er aber mit den davon erwarteten außen- und innenpolitischen Vorteilen begründete.

Aus alledem ergibt sich, wie sich in der Öffentlichkeit die Dinge noch unklar spiegeln und wie vor allem bei den beiden Extremen des bürgerlichen Lagers kein Verständnis dafür vorhanden zu sein scheint, daß durch eine schärfere Erfassung der bürgerlichen Parteien und damit durch eine schärfere Ausprägung auch des bürgerlichen Gedankens nur dem Wohle des Staates gedient sein soll.

(Aus den „Deutschen Stimmen“.)

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum, Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei war nicht etwa ein aus dem Augenblick heraus geborener Gedanke, wie vielfach angenommen wurde, als die Mitteilung von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beantwortet wurde. Vielmehr hatte schon bei der ganzen Steuergehegung und dann während der Beratung der

Schutzge-
enge Zu-
folge ge-
sammen-
Einmisch-
petenzen
vollständ-
tie ge-
weisbe-
kratie ha-
zu schwach
der Tatsa-
menarbeit
Folgerun-
ladung d-
zielle Be-
einer bür-
der die F-
teilnahm-
mengen-
zustreben
daß üb-
herige
stättfin-
Anträge
Die 3
17. Juli
handlung
Am 2
statt. Si-
folgende
Bertr-
Deuts-
Volksp-
zusamm-
gemein-
gaben
geme-
treue
sie jede-
jeden
Gegen-
schaft
beitsge-
der Gr-
Verfass-
und im-
die po-
sagen
werden
Was
so d-
gerisch
beitritt.
Der C
der oben
gelegt. S
der Spie-
danke der
keit des
den bür-
kratie, ble-
um, daß
zialdemok-
allen Vol-
wird.
Die B
darin, da
lung unse-
Parteikan-
nur ein
auf rich-
Von
Volkspart-
braucht m-
der Arbeit
in den F-
suchen fin-
kämpft, is-
Auch der
der Arbeit

Schutzgesetzgebung praktisch eine planmäßige enge Zusammenarbeit bestanden, die ihre Erfolge gezeitigt hatte. Die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit erschien angesichts der abermaligen Einmischung der Gewerkschaften in die Kompetenzen des Parlaments und angesichts der vollständigen Nachgiebigkeit der Sozialdemokratie gegenüber diesen Ansprüchen als eine unabweisbare Notwendigkeit. Zentrum und Demokratie hatten erkannt, daß sie allein zur Abwehr zu schwach sind, und hatten daraus, wie auch aus der Tatsache der bisherigen praktischen Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei die Folgerung gezogen. Am 16. Juli fand auf Einladung des Zentrumsführers Marx die erste offizielle Besprechung über die Frage der Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft statt, an der die Herren Marx, Stresemann und Petersen teilnahmen. Herr Marx schlug vor, ein Zusammengehen der drei Parteien in der Richtung anzustreben,

daß über schwebende Gesetzentwürfe eine vorherige Fühlungnahme zwischen diesen Parteien stattfindet und gegebenenfalls gemeinschaftliche Anträge gestellt werden.

Die Fraktion der DVP. ermächtigte dann am 17. Juli ihren Führer, in entsprechende Verhandlungen einzutreten.

Am 20. Juli fand die zweite Zusammenkunft statt. Hierüber wurde namens aller Beteiligten folgende Erklärung veröffentlicht:

Vertreter der drei Reichstagsfraktionen, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, traten heute zusammen, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte geschaffen werden sollte, daß sie jedoch weder die Selbstständigkeit der einzelnen Fraktionen, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen sollte. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft soll dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und innen stetiger und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Was zunächst den Kreis der Beteiligten anbelangt, so darf angenommen werden, daß auch die Reichspartei der Arbeitsgemeinschaft beiträgt.

Der Charakter der Arbeitsgemeinschaft ist in der oben wiedergegebenen Erklärung niedergelegt. Sie ist kein sogenannter Bürgerblock mit der Spitze gegen die Sozialdemokratie. Der Gedanke der großen Koalition, d. h. der Notwendigkeit des praktischen Zusammenarbeitens zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, bleibt bestehen. Es handelt sich aber darum, daß bei dieser Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in der Regierung eine stetige, allen Volksteilen dienende Entwicklung gesichert wird.

Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft liegt darin, daß sie eine stetigere, ruhigere Entwicklung unseres politischen Lebens sichern soll. Der Parteikampf soll so weit als möglich schweigen, nur ein Ziel darf es für alle geben: Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Von einer Linksentwicklung der Deutschen Volkspartei zu reden, ist ganz verkehrt. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß die Gegner der Arbeitsgemeinschaft z. B. in der Demokratie, in den Kreisen der „Frankfurter Zeitung“ zu suchen sind. Was die „Frankfurter Zeitung“ bekämpft, ist ganz gewiß keine Linksentwicklung. Auch der Reichskanzler Dr. Wirth ist ein Gegner der Arbeitsgemeinschaft, auch das ist ein Gegen-

beweis gegen die Linksentwicklung. Im Zentrum ist der Gedanke in erster Linie von dem früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald verfochten worden, und der wachsende Einfluß dieses Mannes in seiner Fraktion ist gewiß ein gutes Vorzeichen für die weitere Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft.

(Um den Staat. Archiv Nr. 7.)

Der Ruf nach der Zwangswirtschaft

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der neuen katastrophalen Teuerungswelle. Manches, was das Blatt zur Hilfe vorschlägt, wird man durchaus billigen können. Daß für die Einfuhr wertvoller Pelze und Parfümerien sowie sonstiger entbehrlicher Luxuswaren keine weiteren Devisen mehr ausgegeben werden dürfen, ist selbstverständlich. Es scheint in der Tat auch ein unhaltbarer Zustand zu sein, daß in Zeiten größter Zudernot gewaltige Mengen Zucker in die Süßfabriken wandern. Wie weit die Zuderkieferung der Schokoladenfabriken zugunsten einer besseren Zuderverföhrung der Bevölkerung eingeschränkt werden kann, wäre zu prüfen. Der Vorwärts verlangt vor allem aber die Rückkehr zur Zwangswirtschaft. Diese Forderung wird mit der Behauptung begründet, daß der freie Handel „durch die von ihm erzwungene Verteuerung der Lebensmittel alle Verheißungen frevelhaft gestäubt“ habe. An die Stelle der Getreideumlage soll dann noch eine Kartoffelumlage treten.

Das Verlangen nach Rückkehr zur Zwangswirtschaft zeugt von der vollkommenen Unfähigkeit der Sozialdemokratie, wirtschaftlich zu denken, die Behauptung von der vom Handel freventlich hervorgerufenen Teuerung von einer durch nichts zu überbietenden Demagogie. Im Kriege und in der ersten Nachkriegszeit haben wir ja alle schaudernd das Scheitern des Versuchs miterlebt, die gesamte Volkswirtschaft zentral zu leiten. Gewiß, jeder erhielt etwas zu niedrigem Preise. Wollte er aber nicht verhungern, so mußte er Zuflucht zum Schleichhandel nehmen. Der Schleichhandel blühte, und der Respekt vor Gesetzen schwand dahin, weil jeder gegen sie verstieß. Die Kriegswirtschaft ergoz das deutsche Volk zur Unwahrhaftigkeit. Die Produktion aber ging unter dem staatlichen Zwange merklich zurück. Zudem wurden ungeheure Werte durch unsachgemäße Behandlung bei der Verteilung vernichtet. So hat die Zwangswirtschaft nicht nur wirtschaftlich Fiasco gemacht, sondern hat auch schweren moralischen Schaden angerichtet.

Wer schuld an unserer Marktentwertung und der durch sie hervorgerufenen Teuerungswelle ist, hat Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Rede vor den ausländischen Pressevertretern überzeugend nachgewiesen. Unser Handel ist daran wirklich unschuldig. Solange wir vom Auslande im Rohstoffbezug und in der Nahrungsmittelversorgung abhängig sind, werden auch die deutschen Inlandspreise das Bestreben haben, sich den Weltmarktpreisen anzupassen. Eine künstliche Niedrighaltung der Inlandspreise müßte einen Produktionsrückgang zur Folge haben, denn bei dem jetzt herrschenden großen Kapitalmangel wären die Produzenten gar nicht in der Lage, sich mit neuen Rohstoffen, Düngemitteln usw. einzudecken. Wir würden im Augenblick einen billigeren Konsum haben, um nach kurzer Zeit vor dem Nichts zu stehen. Die Rückkehr zur Zwangswirtschaft würde uns nicht retten, sondern nur noch in größere Not stürzen.

Der Fall v. Gager und die deutsche Militärgerichtsbarkeit.

Ein belgisches Gericht hat zwei ehemalige deutsche Offiziere wegen Mordes zum Tode verurteilt. Aus den Akten, die die Reichsregierung über diesen Fall veröffentlicht, ergibt sich, daß beide Angeklagte bereits von einem deutschen Kriegsgericht in der gleichen Sache abgeurteilt waren. Der eine der beiden

Offiziere, Prinz zu Stolberg, konnte nach Lage der Dinge lediglich wegen Beihilfe zum Zweikampf bestraft werden; er ist inzwischen verstorben. Der andere, Freiherr von Gager, wurde wegen Totschlags zu der höchstzulässigen Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Das Gericht stellte ausdrücklich fest, daß die Tat hart an der Grenze des Mordes liege. Wir glauben nicht, daß ein Kriegsgericht der Entente während des Krieges in einem ähnlich gelagerten Falle ein gleiches Maß von Objektivität aufgebracht hätte. Das Verhalten der Kriegsgerichte der Besatzungstruppen gegenüber deren zahlreicher Vergehen an der deutschen Zivilbevölkerung läßt solche Zweifel sehr berechtigt erscheinen.

Freiherr von Gager wurde nun aber lange vor Verbüßung seiner Strafe wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte sich unbehelligt ins Ausland begeben. Diese Tatsache ist gewiß sehr bedauerlich und keineswegs zu rechtfertigen. Aber auch hier trifft die Militärgerichtsbarkeit keine Schuld, sondern einzig und allein die Volksbeauftragten, die im November 1918 eine militärische Amnestie erließen, durch die allen Verbrechern der Strafrecht erlassen werden konnte, wenn anzunehmen war, daß sie in Zukunft nicht rückfällig wurden. Nach dem Wortlaut des Amnestie-Erlasses fiel auch Freiherr von Gager, dessen Tat einer leidenschaftlichen Liebe zu der Gattin des getöteten belgischen Grafen entsprungen war, unter die zu Begnadigenden, und man wird dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts keinen Vorwurf daraus machen können, daß er die Verordnung der Volksbeauftragten, nachdem sie einmal erlassen war, auch anwandte. Mögen die Sozialisten aller Schattierungen aus dem Falle Gager lernen, wie gefährlich der Erlass allgemeiner Amnestien ist.

Der „Vorwärts“ sieht natürlich nicht ein, daß er bei der Behandlung des Falles Gager die Schuldigen in seinen eigenen Reihen suchen muß. In der bei ihm ja gewohnten Weise versucht er vielmehr, die deutsche Rechtsprechung herabzusetzen und entblödet sich nicht, den folgenden Satz zu schreiben: „Es gibt keine deutsche Schande, an der nicht die deutsche Justiz in hervorragendem Maße beteiligt wäre.“ Nein, hier hat sich die nicht die deutsche Justiz befleckt, sondern die deutsche Revolution, die nicht nur Herrn von Gager, sondern auch zahlreichen anderen schweren Verbrechern die Tore des Zuchthauses öffnete! Der Wunsch des Vorwärts, von Gager möge an Belgien ausgeliefert werden, ist juristisch unhaltbar und wäre vom nationalen Standpunkt aus als Eingriff in die deutsche Justizhoheit zu verwerfen.

Die Mordtaten von links.

In der 234. Sitzung des Reichstags vom 24. Juni 1922 führte bekanntlich der Reichskanzler Dr. Wirth u. a. aus: „Die Arbeiterschaft hat in bitteren Tagen, wo das Chaos über uns hinwegging, keinem, der der alten Gewalt treu geblieben ist, auch nur ein Haar gekrümmt.“ Wie irrig diese Behauptung ist, zeigt folgende Liste, in der wir die Todesopfer revolutionärer Parteigänger aufzählen. Diese Gegenliste konnte naturgemäß leider nur lückenhaft ausfallen. Es handelt sich nicht etwa um Opfer in regelrechten Kämpfen, die bei den Aufständen und beim „Weitertreiben der Revolution“ sich entsponnen haben, sondern um Mordtaten oft unmenschlicher Art, um Mordtaten von links:

- 1.—2. Im Oktober 1918. Der Kommandant von S. M. S. „König“, Ap. 3. S. Weniger, und sein Adjutant erschossen, als sie die Flagge schützten.
3. 5.—6. November 1918. Kapitän z. S. Seine, Stadtkommandant von Kiel, erschossen.
4. 9. November. Leutnant d. R. Pöppelmann im Hofe der Kaserne der Gardefüßliere. Während des Spartakistenputsches in Berlin.

- Im März 1919. Einige Polizisten in Lichtenberg erschossen.
5. 3. März 1919. Ein Offizier aufgehängt und danach zerstückelt.
 6. 6. März 1919. Eine Militärperson zu Boden geschlagen, mit Handgranaten beworfen und getötet.
 7. 6. März 1919. Eine Militärperson mißhandelt und erschossen.
 - 8—9. 6. März 1919. Zwei Unteroffiziere totgeschlagen.
 10. 7. März 1919. Ein Feldwebel mißhandelt und erschossen.
 11. 7. März 1919. Ein Regierungssoldat mißhandelt und erschossen.
 12. 7. März 1919. Ein Offizier niedergeschlagen und erschossen.
 13. Zwischen 6. und 10. März 1919. Ein Regierungssoldat erschossen.
 14. 6. März 1919. Ein Gefreiter getötet.
 - 15—31. In der Zeit vom 7.—10. März 1919. 16 Regierungssoldaten und ein Offizier erschossen oder totgeschlagen.
 32. 7. März 1919. Ein Regierungssoldat mißhandelt und erschossen.
 33. 7. März 1919. Ein Soldat, Fritz Engler, mißhandelt und erschossen.
 - 34—37. 7. März 1919. Vier Soldaten durch Handgranaten getötet.
 38. 8. März 1919. Ein Regierungssoldat mißhandelt und erschossen.
 39. 8. März 1919. Zahlmeister W. Specht mit eigenem Revolver erschossen.
 40. 9. März 1919. Ein Soldat erschossen.
 41. 9. März 1919. Krankenträger Pinkert erschossen.
 - 42—43. 9. März 1919. Sicherheitsoldaten Hoffmann und Erhardt erschossen.
 44. 12. April 1919. Oberstleutnant v. Klüber in Halle (Saale) ermordet.
 45. 12. April 1919. Sächsischer Kriegsminister Neuring in Dresden ermordet.
 - 46—54. 30. April 1919, Münchener Geiselmord
 1. Walter Neuhaus aus München,
 2. Baron von Teuschert aus Regensburg,
 3. Kunstmalers Friedrich von Seidlitz aus München,
 4. Walter Deike aus München,
 5. Gräfin Hella von Westarp aus München,
 6. Eisenbahnsekretär Ant. Dannenlang aus München,
 7. Kunstmalers Prof. Ernst Berger aus München,
 8. Prinz Gustav von Thurn und Taxis,
 9. u. 10. anscheinend zwei Angehörige der preußischen Garde-Schützen-Division, die bei Dachau gefangen wurden.
 55. Im Juli 1919, eine Krankenschwester in Hamburg ermordet, weil sie die Schwester eines im politischen Prozeß hervorgetretenen Offiziers war.
 - 56—70. Im Juli 1919, 15 Offiziere im Hamburger Rathaus erschossen. (Im August 1919, Hinrichtung von Regierungssoldaten in Chemnitz.)
 - 71—80. Im März 1920, Mordtaten von Spartakisten im Ruhrgebiet:
 1. Schröder in Essen erschlagen,
 2. Direktor Sebold der Zeche Lohberg ermordet,
 3. Zivilist in Ahlen erschossen,
 4. Soldat aufs grausamste ermordet,
 5. Führer der Einwohnerwehr bei Brünen erschossen,
 6. Leutnant Löwen hinterrücks erschossen,
 7. Oberjäger Heesch ermordet,

8. Gefreiter Gottesleben ermordet,
 9. Sanitäter Gerlach ermordet,
 10. Jäger Fischer ermordet,
 11. der Kommandeur des Freikorps Lichtschlag.
 - 81—130. Im März 1920, 50 Mann unter Bergassessor Forstmann am Essener Wasserturm ermordet.
 131. 15. März 1920, Fliegerhauptmann Berthold in Harburg mißhandelt und erschossen.
 - 132—150. 15. März 1920, ebendasselbe 19 Tote.
 152. 18. März 1920, Leutnant Wilhelm Schmidt auf dem Friedhof in Gotha erschossen.
 - 153—160. 18. März 1920, 25 Offiziere aus dem Schöneberger Rathaus nach ihrer Kapitulation überfallen, 9 erschlagen, weitere starben später.
 - 161—162. 20. März 1920, Gutsbesitzer Henze und Schwester in Wallnitz b. Halle erschossen.
 164. 29. März 1920, Hauptmann von Pflug-Hartung durch Explosion auf einer Autofahrt getötet. Offiziers-Stellvertreter Kluge als Begleiter (selbst schwer verwundet) hält Unglücksfall für vollkommen ausgeschlossen.
 - 165—166. April 1920, ein Graf Hahn auf Tausenrodt in Mecklenburg und ein Baron Knigge im südl. Hannover.
 167. 4. Mai 1920, Graf von Westerholz-Gyßenburg auf Schloß Sythen bei Haltern ermordet aufgefunden. Er war vor Gericht als Zeuge gegen die Rotgardisten aufgetreten und es war auf seinen Kopf ein Preis von 20 000 Mark von Seiten der Roten Armee ausgesetzt.
 168. 19./20. August 1920, ein Beamter der Sipo in B.-Weißensee erschossen.
 - 169—272. Im März 1921, 104 Bewohner Mitteldeutschlands anlässlich des großen Aufruhrs ermordet (darunter Kommerzienrat Bogelfang in Eisenleben und Pastor Niebuhr aus der Gegend von Merseburg).
 273. 30. August 1921, Oberpostsekretär Düben aus Magdeburg bei kommunistischen Ausschreitungen bei der Fahnenweihe des Stahlhelms in Wulferstedt erschossen. (Im September 1921, einige Schutzpolizisten in Gröbers ermordet.)
 274. 3. Januar 1922, Bauernhofsbesitzer Richard Wied aus Wisbu auf der Rückkehr von einer Landbundesversammlung von Richard Manthey (Beamter des sozialdemokratischen Arbeiterbundes) erschossen.
 - 275—276. Während der Rathenau-Strasenumzüge: in Singen (Baden) Major a. D. Scheerer; in Arnstadt (Thüringen) Techniker Praß aus Rostock.
- Kommentar überflüssig!

Ein gefährliches Spiel.

Der Dollarstand von Tausend hat den Gewerkschaften Veranlassung gegeben, die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten zusammenzuberufen, um Vorbereitungen für eine neue Lohnbewegung zu treffen. Das ist begreiflich. Man mußte von vornherein damit rechnen, daß alle Berufe einen Ausgleich für die Entwertung des Geldes finden mußten. Wenn die sozialistischen Gewerkschaften dabei die Unterstützung der Christlichen wie der Hirsch-Dunker sehen, so ist auch das zu verstehen. Es scheint aber, als ob ihre Absichten sehr viel weiter gehen. Man spricht allen Ernstes davon,

daß sie ihre Leipziger zehn Forderungen wieder ausgraben wollen, um die Rückkehr zur Zwangswirtschaft, Sozialisierung des Kohlenbergbaus und teilweise Sozialisierung der Aktien-gesellschaften zu fordern. Wir können uns nicht denken, daß die nichtsozialistischen Gewerkschaften sich dazu bereit finden lassen werden, hatten es aber doch für unsere Pflicht, rechtzeitig davor zu warnen. Nichts kann im Augenblick gefährlicher sein, als wenn jetzt zu den wirtschaftlichen und außenpolitischen Schwierigkeiten auch noch andere, wie sozialpolitische, Kämpfe kommen. Die Gewerkschaften haben bereits vor einigen Wochen im Anschluß an den Rathenau-Mord den Versuch gemacht, eine Art politischer Nebenregierung einzuführen. Sie haben damals schließlich darauf verzichtet, auf ihrem Willen zu beharren. So rasch sollten sie eigentlich die Lehre nicht vergessen haben. Was sie erstreben, können sie zu erreichen suchen durch die politischen Parteien, die ihnen nahestehen. Es wäre aber unerträglich, wenn sie jetzt in aller Öffentlichkeit von neuem mit dem Anspruch auf eine Nebenregierung hervortreten und mit der Drohung der hinter ihnen stehenden Massen auf die Regierung drücken wollen. Von allem anderen abgesehen, müssen sich doch auch die sozialistischen Gewerkschaftsführer, die sehr kluge Männer sind, sagen, daß damit im Auslande das letzte Vertrauen zu uns schwinden muß, wenn in diesem Augenblick der Not die organisierte Arbeiterschaft nichts anders zu tun weiß, als ihre Machtmittel innerhalb des Staates zu stärken. Wir können das französische Trommelfeuer nur überstehen, wenn wir wenigstens einen moralischen Rückhalt innerhalb unserer eigenen Grenzen haben. Den vernichten wir uns aber, sobald auch jetzt wieder Eigenbrötelei des Partikularismus oder des Klassenbewußtseins sich so stark in den Vordergrund schiebt, daß dadurch die nationale Einheitsfront zerbrochen wird.

Beamtenfürsorge.

Unsere Beamten aller Kategorien wissen, daß die Deutsche Volkspartei von jeher eifrig bestrebt war, für sie einzutreten und ihre Nöte nach Kräften zu lindern. Dafür liefert einen neuen Beweis der hier wiedergegebene Schriftwechsel zwischen Mitgliedern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und dem Reichsministerium des Innern.

Die Abgeordneten Morath, Dr. Scholz, Dr. Wunderlich, Frau Dr. Mah, Leuthenker, Seibert, Dr. Most und von Kemnitz hatten an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet, und zwar am 19. Juni ds. Js.:

„Reich, Länder, Gemeinden und Körperschaften öffentlichen Rechts werden ihre Beamten auf lange Zeit hinaus nicht so besolden können, daß diese die Kosten einer Krankheit zu tragen vermögen. Es ist daher ein unabweisliches nicht mehr länger ausschließbares Bedürfnis, daß diese Beamten einschließlich der Ruhestandsbeamten und Wartegeldempfänger, und ihrer, einer öffentlichen Krankenversicherung nicht unterliegenden, aber von ihnen zu unterhaltenden Familienangehörigen gegen Krankheit versichert werden.“

Dies liegt auch im öffentlichen Interesse, weil sonst der Beamte in Krankheitsfällen in Gefahr gerät, eine sachgemäße Bekämpfung zu unterlassen und seinem Arbeitgeber vermehrte Kosten an Stellvertretungen und Ruhegehalt zu verursachen. Die Versicherung bei privaten Versicherungsunternehmungen würde dem Beamten unerschwingliche Beiträge auf. Der Weg der Selbsthilfe durch Gründung freiwilliger Beamtenkrankenkassen hat sich praktisch als undurchführbar gezeigt, weil in der Hauptsache nur

solche Beamte bezutreten geneigt sind, die sich oder Familienangehörige gesundheitlich gefährdet halten.

Abhilfe kann nur eine gesetzliche Pflichtkrankenasse für alle Beamten schaffen. Diese Krankenasse wäre als besondere Kasse, die mit den allgemeinen auf der Reichsversicherungsordnung beruhenden Krankenkassen nichts zu tun hat, ins Leben zu rufen und vom Reich (u. U. auch von den Ländern) zu verwalten.

Aufgabe der Krankenasse wäre die Versicherung des Beamten und seiner von ihm zu unterhaltenden, der allgemeinen Krankenversicherung nach Maßgabe der Reichsversicherungsordnung nicht unterliegenden Familienangehörigen gegen Erkrankung in der Weise, daß in Erkrankungsfällen den Beamten aus der Kasse ein Teil der Kosten ersetzt wird.

Zu den behandelnden Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern usw. dürfte die Beamtenkrankenasse in keinerlei Rechtsverhältnis treten; der Beamte müßte in der Wahl des Arztes usw. völlige Freiheit behalten.

Die Aufbringung der Mittel zur Gewährung dieser Krankenzuschüsse hätte mit Rücksicht auf die bedrängte Finanzlage zunächst wohl vorzugsweise durch Beiträge der Versicherungspflichtigen zu geschehen. Zuschüsse der Arbeitgeber und Tragung der Verwaltungskosten lägen jedoch im öffentlichen Interesse.

Wir fragen:

Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf im Sinne der vorstehenden Ausführungen mit der durch die Sachlage gebotenen Beschleunigung einzubringen?

Darauf hat der Reichsminister des Innern Dr. Koefer soeben erwidert:

„Seit längerer Zeit haben zwischen den Reichsressorts und den Länderregierungen Beratungen zur Sicherung der Beamten und ihrer Familienangehörigen vor den infolge Erkrankung eintretenden wirtschaftlichen Gefahren stattgefunden. Es ist nunmehr beabsichtigt, mit den beteiligten Beamtenverbänden in Fühlung zu treten. Nach Abschluß der in Kürze zu erwartenden Besprechungen wird ein Gesetzentwurf mit der durch die Sachlage gebotenen Beschleunigung ausgearbeitet und den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.“

Es besteht also begründete Hoffnung, daß die Angelegenheit einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden wird.

Schulunterricht und Völkerverständigung.

In Heft 12 des Zentralblatts für die gesamte Unterrichtsverwaltung ist ein Erlaß des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veröffentlicht, der für die Behandlung politischer Probleme im Unterricht Richtlinien gibt. Der Erlaß ist ein Auszug aus einer Entscheidung, die der Minister bereits im Dezember v. J. in der Beschwerdefache eines Berliner Studienrats getroffen hatte; unrichtige Wiedergabe in der Presse veranlaßte die wörtliche Veröffentlichung des betreffenden Teiles der Entscheidung. Auch diese Veröffentlichung ist nun wieder Gegenstand irreführender Erörterungen in einem Teil der Presse, besonders in Nummer 333 der „Täglichen Rundschau“ geworden, die den Erlaß ausnutzen zu können glaubt, indem sie dem Minister „internationalen Pazifismus“ und die Anweisung an die Lehrer unterstellt, den Schülern Vorlesungen über die „Kulturwidrigkeit der Kriege“ zu halten. Die Darstellung der „Täglichen Rundschau“ ist völlig entstellend. Der Minister hat in der Beschwerdefache des Studienrats Witte die Verfügung des Provinzialschulkollegiums, die diesem Vorschlag und Zurückhaltung in politischen Erörterungen zur Pflicht macht, nicht, wie die „Tägliche Rundschau“ meint, aufgehoben, sondern ausdrücklich ihren Inhalt im ganzen gebilligt. Der Minister hat weiter, auf die

Beschwerde des Studienrats eingehend, entschieden, daß im Unterricht, wenn seine Zwecke es erfordern, auch politische Probleme besprochen werden dürfen, und nur gefordert, daß sich die Besprechung dem Alter und dem Aufzupassen hat, daß der politische Gegenstand als Problem behandelt wird und daß den Schülern die verschiedenen Seiten des Problems und alle beachtlichen Antworten und Lösungen unparteiisch vorgeführt werden. Aus dieser Entscheidung, die nur Selbstverständliches ausdrückt, macht die „Tägliche Rundschau“ die Erlaubnis, den Schülern Vorlesungen über die Kulturwidrigkeit des Krieges zu halten! Wenn der Minister weiter in Übereinstimmung mit dem Provinzialschulkollegium den Art. 148, Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung als bereits heute geltendes Recht bezeichnet, so ist damit nur etwas ausgesprochen, was bisher noch nicht bezweifelt worden ist und ernstlich nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Entstellungen, die sich die „Tägliche Rundschau“ leistet, wären unmöglich, wenn sie ihren Lesern den eingangs erwähnten Erlaß in seinem völlig klaren Wortlaut vorführte.

Ein kleiner Crispian.

Man höre und staune! In Siegen besteht eine Ortsgruppe der Friedensgesellschaft, die am 12. August getagt hat. In dieser Sitzung sprach als erster der Schriftleiter der hiesigen sozialdemokratischen „Volkszeitung“, Herr Gotthardt Brodt (bekannt durch seinen Artikel „Die Hochburg des Mudertums“). Als 2. Vorsitzender wurde sodann Herr Lehrer Kroll aus Niederbießen mit 13 Stimmen gewählt (eine erschütternde Majorität). Dieser Herr zeigte sich sofort von seiner besten Seite in dem darauffolgenden Vortrag „Einst und jetzt“. Der Berichterstatter der „Volkszeitung“ schreibt unter anderem darüber folgendes: „Er (der Redner) kommt dann auf den letzten (Krieg) zu sprechen und erläutert dann den Begriff „Vaterland“. Er sagt wörtlich: „Vaterland war ein Begriff für die kleinen Leute, es war geprägt von den Pionieren des alten Staates im Volk, die uns durch ihre Predigten vor und während des Krieges hinlänglich bekannt sind. Wieviel anders wäre es doch gewesen, wenn die Kirche die elementarsten Grundsätze der christlichen Lehre beherzigt hätte.“ Auf die weiteren Ausführungen verzichteten wir und bleiben staunend stehen vor der Weisheit dieses Redners. „Vaterland war ein Begriff für die kleinen Leute“!

Es ist geradezu ein erschütterndes und trauriges Bild, daß ein Lehrer und Jugendbildner das Wort „Vaterland“ als einen Begriff für die kleinen Leute definiert. Ihm scheint die gesamte deutsche Literatur unbekannt zu sein. Er weiß nichts von Schillers Wort: „Ans Vaterland, ans teure Schloß dich an!“ All die Großen der deutschen Geistesgeschichte, die für das Vaterland gelebt und gewirkt haben, denen das Wort „Vaterland“ ein hohes und heiliges inneres Erlebnis war, für ihn, den Lehrer Kroll aus Niederbießen, sind diese Männer „kleine Leute“. Ihm scheint das Wort Bismarcks im dritten Band seiner Erinnerungen: „Ich verzehre mich im Dienste des Vaterlandes“ unbekannt zu sein, eines Mannes, der sein ganzes Leben in den Dienst „eines Begriffs“ für die kleinen Leute gestellt hat.

Erschütternd aber ist es, zu sehen, daß ein Jugendbildner an solch geistiger Verwirrung leidet. Was soll aus der ihm anvertrauten Jugend werden, wenn sie in diesem Geiste erzogen wird? Uns ist aus den letzten Jahren nur eine Äußerung bekannt, die man dieser an die Seite stellen kann. Eine traurige Berühmtheit hat

der unabhängige Abgeordnete Crispian dadurch erlangt, daß er auf dem Parteitag der Unabhängigen in Leipzig das verächtliche Wort aussprach: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt, mein Vaterland ist die Welt.“ Das Siegerland hat also auch einen kleinen Crispian, der würdig bestehen kann neben dem Verfasser der „Hochburg des Mudertums“.

„Den Finger drauf.“

Stillschweigendes Gerücht.

In einigen Blättern der Provinz wird eine Berliner Meldung verbreitet, wonach die Demokratische Partei eine Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei in Aussicht genommen habe. Nach Versicherungen von führenden Parlamentariern dieser beiden Parteien, so heißt es in der Meldung, hätten Verhandlungen nach dieser Richtung bereits begonnen, die Fusion soll sogar schon im Herbst abgeschlossen werden. Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so können wir erklären, daß die Nachricht jeder Grundlage entbehrt. Es haben keine Verhandlungen dieser Art stattgefunden, noch sind solche beabsichtigt.

*

Macht geht vor Recht.

Die brutale Ausweisung deutscher Reichsangehöriger aus Elsaß-Lothringen noch vor Ablauf der gesetzten Frist, lediglich weil die deutsche Regierung nicht mehr imstande ist, die ihr auferlegten Zahlungen zu leisten, ist ein neuer Beweis dafür, daß Frankreich gar keine Zahlungen von uns will, so nötig es sie auch brauchen könnte. Deutschland darf auf keinen Fall wieder in die Höhe kommen, sondern muß zertrümmert werden — diesem politischen Ziel gegenüber müssen alle wirtschaftlichen Rücksichten schweigen. Frankreich weiß, daß es die Macht hat, seine Vergewaltigungspolitik fortzusetzen, und es macht davon Gebrauch, mit einer Gewissenlosigkeit, die jeder Beschreibung spottet. In ihrer Protestnote, die noch schärfer und kräftiger hätte ausfallen und die französische Brutalität in ihrer ganzen Nacktheit vor der gesamten zivilisierten Welt hätte bloßstellen sollen, verlangt die Reichsregierung Entscheidung durch ein Schiedsgericht. Wie die Antwort der französischen Regierung ausfallen wird, kann man sich denken. Sie wird hohnlachend dieses Ansinnen abweisen und in der Anwendung von Gewalt fortfahren, weil niemand in der Lage und gewillt ist, ihr in den Arm zu fallen. Wenn der Völkerbund den Schatten einer Daseinsberechtigung besäße, hätte er den Protest der Reichsregierung gar nicht abgewartet, sondern selbst gegen die offensündige Verletzung des Völkerrechts, gegen den Bruch aller Verträge und Abkommen, gegen diesen Hohn auf alle Gefühle der Menschlichkeit, schärfsten Einspruch erhoben. Aber abgesehen davon, daß er ganz unter französischem Einfluß steht, ist er ebenso ohnmächtig wie wir selbst. Heute entscheidet nicht das Recht, sondern die Macht — das Recht ist auf unserer Seite, aber die Macht hat Frankreich.

Aus der Partei.

Aus der Jugendbewegung Südwestfalens der D. V. P.

Die Gruppe Dortmund-Ost will unter der Leitung von Hildegard Hörster im September einen Rheinischen Jugendtag veranstalten, zu dem etwa 50 bis 60 Jugendliche aus den besetzten rheinischen Gebieten geladen werden sollen. — Ende Oktober soll eine größere Tagung der Jugendgruppen in Marten stattfinden. Der Überschuß dieser Tagung, „der unbedingt herauskommen muß“, soll zu 25 Prozent für das zu gründende Westfälische Jugendheim bestimmt sein. — Zum 75-jährigen Geburtstage Hindenburgs veranstaltet die Gruppe Dortmund einen Hindenburgabend,

zu dem Pfarrer Dr. Luther als Redner gewonnen ist. — Gelegentlich des Stiftungsfestes der Gruppe Aplerbeck sprach Gress über „Deutsches Nationalbewußtsein“. Für das Jugendheim wurden dort etwa 1000 Mark gesammelt. — Die Gruppe Hagen hatte kürzlich an einem Sonntag 70 unserer jungen Freunde aus Düsseldorf zu sich eingeladen. — In Eving wurde nach einem Vortrage von Gress über „Geist und Wege der deutschvolksparteilichen Jugendbewegung“ eine neue Gruppe gegründet. Vorsitzender ist Schweet. — Gress sprach weiter in Herne über „Potsdam und Weimar, die Wurzeln deutscher Kraft“, sowie in Arnsherg über „Deutsches Volkstum und deutscher Staat“.



Weidenau.

In den nächsten Tagen wird ein Bote die Jahresbeiträge für 1922 einsammeln. Gleichzeitig wird er eine Werbenummer des „Beobachters“, die Satzungen der Ortsgruppe und ein kleines Schriftchen über den Friedensvertrag von Versailles verteilen. Die Mitglieder werden gebeten, der Ortsgruppe und der Partei besonders in dieser schweren Zeit die Treue zu bewahren. Gerade jetzt heißt es zusammenhalten, daß wir durch die Partei zur Volksgemeinschaft kommen. Mit dem Einholen der Jahresbeiträge wird gleichzeitig die Bezieherliste für den „Beobachter“ neu aufgestellt. Der Bote ist berechtigt, auf der Rückseite der Mitgliedskarte die Bezugsgebühr für den „Beobachter“ gleichzeitig zu quittieren. Gebeten wird, den Boten sogleich abzufertigen und ihm öfteres Kommen nicht zuzumuten.

Der nächste politische Abend findet am Donnerstag, dem 31. August, bei Patt statt. Die Vesperung hat zum Thema: Die volkswirtschaftlichen Ziele der DVP. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Neunkirchen.

Die „Hellertaler Zeitung“ berichtet über die letzte Versammlung der Deutschen Volkspartei folgendes:

„Die Deutsche Volkspartei hielt eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Provinzialschulrat Dr. Schapp über das Thema „Die Ermordung Rathenaus und die politische Lage“ sprach. Vor besetztem Saale entwickelte der Redner ein klares Bild der politischen Lage, die sich nach der Ermordung Rathenaus gebildet hat. Er ermahnte die Parteien aller Richtungen zur Mäßigung und gegenseitiger Achtung. Zum Schluß bekannte er sich als Monarchist, indem er betonte, daß die Monarchie die für Deutschland notwendige Verfassung sei, daß aber gegenwärtig jeder Streit um eine solche vermieden werden müsse. Wichtigere Arbeiten stän-

den auf der Tagesordnung. Das sei der Grund, weshalb die Deutsche Volkspartei die Mitarbeit übernommen habe, obgleich sie die Politik der jetzigen Regierung in vielen grundlegenden Punkten nicht billigen könne. In der lebhaften Diskussion sprach zuerst Herr Kühnhausen, der sich als Kommunist, welcher erst kürzlich das Zuchthaus und die Festung verlassen habe, vorstellte. Die Arbeitermassen hätten ihn gerufen, um den Herren von rechts die Verelendung der Arbeiter vor Augen zu führen. Er sprach weiter über die bekannten Grundsätze der kommunistischen Partei, die in folgenden Ausdrücken gipfelten: Nichtverstandenes Proletariat, überlebte Wirtschaftsordnung des Kapitalismus, Gemeinwirtschaft und ähnliche. Redner bezeichnete die Siegerländer Arbeiter als Lohnruder. Der Besitz eines Gartens, einer „Hippe“ und eines Karmidels gäben den profitgierigen Kapitalisten Veranlassung, ihre Arbeitsklaven schlechter zu bezahlen. Herr Rektor Kierstehöfer wies treffend einige Phrasen des Kommunisten zurück und betonte das sittlich-religiöse Moment in der Staatswirtschaft an der Hand geschichtlicher Beispiele (Rom, Karthago usw.). Dann sprach Herr Kisthale (Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei) einige kernige Worte. Er erwähnte den überlebten Idealismus der Marx'schen Lehre und zog Rußland in den Vergleich. Großen Lacherfolg erntete Herr Leichert, der unsere Frauen als größten Kommunisten bezeichnete. Dann sprach noch Herr Kühnhausen im Sinne seiner ersten Rede, um Herrn Dr. Schapp das Schlusswort zu überlassen. Letzter charakterisierte und begründete die Ausführung des kommunistischen Redners mit dem Siegerländer Ausdruck: „D härr, wie darr“.

Aus dem Kreise Wittgenstein.

Am Freitag, dem 25. August, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung in Feudingen, Gasthof Müller,

Samstag, den 26. August, abends 8 Uhr, Dauspfe, Wittgensteiner Hof;

Sonntag, den 27. August, nachmittags 2 Uhr, Reimstruth, Lützenburg.

Dienstag, den 29. August, abends 8 Uhr, Berghausen, Wirtschaft Radenbach, statt.

Redner: Herr Geschäftsführer Nitsche-Siegen über „Die politische Lage“.

Die Parteifreunde werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Am 12. August tagte in Herborn eine starkbesuchte Versammlung der Vertrauensmänner der D. V. P. im Distrikt.

Im Anschluß an das Referat des Geschäftsführers faßte die Versammlung einstimmig folgende Entschlieung:

„Die am 12. August in Herborn tagende Versammlung der Vertrauensmänner der D. V. P. im Distrikt spricht der Partei-

leitung und der Reichstagsfraktion ihr Vertrauen und ihren Dank aus für die bisher geleistete sachliche Arbeit.

Sie wird bemüht sein, den Richtlinien der Partei entsprechend die Arbeit in ihrem Bezirk zu führen. Dem bewährten Führer der Partei, Herrn Dr. Stresemann, gelten die Grüße und besten Wünsche der Versammlung.“

Aus dem Kreise Altenkirchen.

Die Deutsche Volkspartei im Kreise Altenkirchen veranstaltete am 19. und 20. ds. Mts. zwei Versammlungen in Reiterzen und Kirch-eip, die beide trotz der Ungunst der Verhältnisse recht gut besucht waren. Herr Geschäftsführer Nitsche sprach über „Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei“ und zeigte, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag gegen die Getreideumlage gestimmt hat, weil dieses Gesetz eine einseitige Belastung der Landwirtschaft bedeutet und nicht eine produktionssteigernde, sondern produktionshemmende Wirkung ausüben wird. Es ist ein Gesetz, das nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern aus politischen Motiven von den Linksparteien erzwungen worden ist. Er wies weiter darauf hin, daß alle Gerüchte über einzelne Abgeordnete, denen nachgesagt wird, sie hätten bei der Abstimmung über die Getreideumlage sich aus Unentschlossenheit der Stimme enthalten, unwahr und ohne jede Bedeutung sind, da die gesamte Fraktion sich gegen das Gesetz ausgesprochen hat. — In der nächsten Zeit sollen ähnliche Versammlungen in anderen Orten abgehalten werden.

Beobachter.

Trotz der hohen Unkosten, unter denen alle Zeitungen und Wochenschriften leiden und in ihrer Existenz bedroht sind, soll das Bezugsgeld von vierteljährlich 4,50 M oder jährlich 18 M nicht erhöht werden. Wir können dieses niedrige Bezugsgeld aber nur dann beibehalten, wenn die Zahl der Abonnenten stark erhöht wird. Wir bitten daher unsere Freunde, in ihren Kreisen für den Beobachter zu werben. Es muß doch eine Ehrenpflicht jedes Volksparteilers sein, seine Presse zu lesen und zu unterstützen. Hier kann noch sehr viel wirklich fruchtbare Kleinarbeit geleistet werden. Nur so ist es aber auch möglich, in den weitesten Kreisen für die Gedanken unserer Partei zu werben und weitere Mitglieder zu gewinnen.

Jeder Parteifreund bestelle den Beobachter sofort bei der Post!

Jeder Parteifreund werbe für den Beobachter in seinem Kreise!

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: B. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergaden 5/1, sämtlich in Siegen.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

M. Stern Aktiengesellschaft

Essen

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

Schrottbedarf | Bleche | Nutzeisen.
aller Art. | aller Art.

Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.

Vertreter:

Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.

Fernruf 131 Amt Kreuztal.



RINDELSBERG
Brau

Kenner verlangen

Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen Ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

LOUIS HEES : SIEGEN i. W. Fernruf 272.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Panzergeldschränke
Safes-Anlagen

Effektschränke
Tresor-Armierungen

Schreibmaschinenschränke
Mauerschränke.

Ständiges Lager in Schränken verschiedenster Ausführungen. Katalog postfr.

Wäschehaus Franz Scharliger
Siegen

bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Jeder
inschiere
im
Beobachter!

Justus Stahlschmiede & Co.
G. m. b. H.
Kreuztal i. W.
Lochanstalt.
Kesselschmiede Apparatebau
Bleischweißerei.

Heinrich Demandt,
Ferndorf i. W.

Fuhrwesen : Mauderei : Lagerung
Übernahme aller Transporte.
Fernruf 153 Amt Kreuztal.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.



Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.

Ferndorf
Kreis Siegen

liefern:

Zahnrad

Stirn-,
Schnecken-
und Schraub-
räder, Schnecken
kompl. und Verzahnen
eingesandter Körper :: ::

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.

Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Rheinmetall
Schreibmaschinen
Sofort lieferbar.
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
Wilm. Lemke, Siegen i. W.
Fernruf 2011, Büro-Bedarf. Böhmerstraße 39

Friedrich Müller
Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

Herstellung von
Feilen aller Art

Aufhaben
stumpfer Feilen
Lieferung von Metall-
sägen jeder Gattung.
Gegr. 1875.
Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hahn
G. m. b. H., Ferndorf.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Maise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.

Weidenau.

Kurzfristig lieferbar, **Wellblech-**

Lagerliste
auf Wunsch
Autogaragen
Gehr. Achenbach
G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

Paul Haubrich
Inhaber der Niederlage von Tengelmanns
Kaffee-Geschäft
Kolonialwaren, Delikatessen
und Weinhandlung
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Löwen-Drogerie
Fritz Müller
Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Apparat. — Öffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. — Ruf 891.

Präzisions-Zahnräder
aller Art.

Stirn-, Schnecken- und
Schraubenräder
nach dem Abwälzverfahren
Rohhaut-Räder, Zahnstangen
Verzähnen von vorgedrehten
Radkörpern schnell u. billig.

Maschinenfabrik Ed. Sprenger
Weidenau.

August Braun
Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. — Fernruf 638.

H. Capito & Co.
Weidenau-Sieg
Fernruf 149 Lager U. Friedrichstr. 12.
Stab-, Band- und Formeisen aller Art.
Eisenbleche.
Röhren- und Verbindungsstücke.
Sämtliche Kleiseisenwaren.

Möbelhaus Klewer,
Tel. 1244 Weidenau-Sieg Tel. 1244.
Wohnungseinrichtungen
in einfachster bis vornehmster Ausführung.
Eingelmeubel — Büromöbel — Sarglager.

Albert Grimm
Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

HOTEL PATT
(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Johann Reinhard
Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. — Ruf 387

Schuhhaus
Paul Saßmannshausen
empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

Zigarren-Spezialgeschäft
Heinrich Säger
Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Wilhelm Schweisfurth
Hüte, Mützen, Regenmäntel, Herrenwäsche,
Schlappen, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen
Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN EISEN- u. BLECHWAREN- BLECHARBEITEN
BEHälter FABRIK GENIETET
DRUCKKESSEL KESSELSCHMIEDE GESCHWEISST
KAMERE : SIEGEN I. W. ROH u. VERZINKT

NOH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU-SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, NIETEN GITTER-, BLECH-
SCHIFF-, VERSCH. NIETEN u. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN